

Der Frieden in Syrien kann nur mit Kompromiss erreicht werden

Eine Antwort auf die Stellungnahme „Kein Beitrag zum Frieden“ der Initiatoren des Protests vor der russischen Botschaft im Dez. 2017 zu unserer Syrienerklärung vom 25 Januar 2017. Außer dem Hauptinitiator „Adopt a Revolution“ haben auch Frank Heterich und Peter Schneider, Lara Qabbani und Anas Albasha die Antwort auf unsere Stellungnahme mit unterzeichnet. Im Folgenden beziehen wir uns in unserer Replik einfachheitshalber auf den Hauptinitiator „Adopt a Revolution“.

„Nicht Russland, sondern die USA tragen die Hauptverantwortung für den Syrienkrieg“, lautet die von „Adopt a Revolution“ zutreffend hervorgehobene zentrale Aussage unserer Syrienerklärung. Wir bleiben bei dieser Feststellung und damit auch unserer Kritik an den Initiatoren der Protestdemonstration vor der russischen Botschaft. Wir fügen jetzt noch hinzu, dass die Vereinigten Staaten und ihre von ihnen militärisch abhängigen Verbündeten, Saudi Arabien, Türkei und Golfstaaten, eine Lösung des Syrienkrieges verhindern und sich dadurch an vielen Tausenden von Menschenleben schuldig machen, die neue Opfer des Syrienkrieges sein werden, solange dieser Krieg fortgesetzt wird. Wer aber, wie die Initiatoren die Menschenrechtsverletzungen im Syrienkrieg ausdrücklich und selektiv auf Kriegsverbrechen der russischen Seite reduziert, kann sich unmöglich auf die Menschenrechte beziehen: „Jenseits der Frage, wer den Krieg begonnen hat, ist festzuhalten: Putins brutaler Krieg gegen Aleppo war und ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, so die Initiatoren gleich auf Seite 1 Ihrer Antwort. „Adopt a Revolution“ interessiert offensichtlich nur Russlands Schuld aber weder eine ganzheitliche Analyse der Hintergründe des Krieges noch eine realistische Lösung, um das millionenfache Leid der syrischen Bevölkerung und massenhafte Menschenrechtsverletzungen so rasch wie möglich zu beenden.

Syrien braucht eine Übergangsregierung,

die von allen Seiten akzeptiert wird und die unter der Regie der UNO die Wahl für eine neue Regierung vorbereitet und durchführt. Jeder Tag länger, der vergeht, weil extremistische syrische Gruppen und die USA einen unumgänglichen Kompromiss verhindern, bedeutet einen Tag länger Krieg und einen Tag länger Massensterben. Wer aber Friedensverhandlungen von unerfüllbaren Vorbedingungen abhängig macht und verlangt, dass die Schaffung einer Übergangsregierung ohne Assad zu erfolgen habe, der will im Grunde keinen Frieden, sondern den totalen Sieg und weiteres Blutvergießen. Frieden durch die Teilnahme des Assadregimes an den Genfer Friedensverhandlungen oder ein neuer IS-Staat in Syrien mit schwerwiegenden Folgen für die gesamte Region, das sind die realen Alternativen, die gegenwärtig zur Debatte stehen. Das Schicksal Iraks und Libyens sollte genug Anschauung für die Folgen bieten. Daher ist nach unserer Auffassung ein sofortiger Kompromiss mit dem Assadregime und eine Übergangsregierung, die unter der Obhut der Vereinten Nationen die Wahlen für eine demokratisch legitimierte Regierung ermöglicht, die einzige Alternative, um so schnell wie möglich das Blutvergießen und massenhafte Menschenrechtsverletzungen in Syrien zu beenden. Alle historischen Beispiele der Transformation von diktatorischen Regimen in parlamentarisch demokratische Verhältnisse belegen, dass ein Kompromiss zwischen allen politischen Kräften in der Übergangsphase sich als die Lösung mit dem geringsten Blutvergießen und Menschenrechtsverletzungen bewährt hat. Das war in Spanien, in Chile, in Argentinien und in Südafrika so. Mandela hat entgegen

dem Widerstand seiner Mitstreiter selbst mit einem rassistischen Regime, das millionenfach Menschenrechtsverletzungen begangen hatte, den Übergang des Apartheidregimes hin zur Demokratie möglich gemacht und so den Bürgerkrieg beendet. „Adopt a Revolution“ interessiert offenbar kaum diese historischen Erfahrungen.

Es war tatsächlich die russische Regierung, die seit 2012 bis heute unentwegt den Vorschlag zur Bildung einer Übergangsregierung unter Mitwirkung von Assad gemacht macht. Und es waren und sind die USA und ihre Verbündeten, die stets den russischen Vorschlag postwendend ablehnen. Diese Tatsache widerspricht der westlichen Propaganda, der „Adopt a Revolution“ offensichtlich folgt. Damit lassen sie sich im Ergebnis vor den Karren jener Kräfte im Syrienkonflikt spannen, denen die Menschenrechtsverletzungen im Grunde völlig egal zu sein scheinen, aber sehr wohl zielstrebig einen Regime Change in Syrien anstreben. Tatsächlich verbergen sich hinter „Adopt a Revolution“ - dem Hauptinitiator der Protestdemonstration vor der russischen Botschaft – Kräfte, die nach einer eingehenden Analyse der Informationsstelle Militarisierung e. V. aus Tübingen vom Juni 2012¹ mehrheitlich dem syrischen Nationalrat angehören, für den eine Beseitigung des Assadregimes durch die USA das vorrangige Ziel darstellt.

Die Blindheit vor unbestreitbaren Fakten

Die USA haben das Ziel eines Regime Change in Syrien nie aufgegeben. Auch Obama hielt offiziell bis zum Schluss an diesem Ziel fest. Der von „Adopt a Revolution“ behauptete Politikwechsel der USA unter Obama entbehrt daher jeglicher belastbaren Grundlage. Signale aus seinem Umfeld, Assad an der Übergangsregierung teilnehmen zu lassen, auf die die Initiatoren offenbar abheben, belegen bestenfalls die gute Absicht von Obama, der sich jedoch gegen die dominierenden Kräfte aus der US-Rüstungsindustrie und den Hegemonialkreisen nicht durchsetzen konnte. Die Leugnung der verhängnisvollen US-Politik im Mittleren und Nahen Osten, vor allem seit der Machtübernahme durch Bush, zeugt nur von analytischer Unkenntnis und politischer Naivität der Initiatoren.

„Adopt a Revolution“ bestreitet den langfristigen Plan der USA für den Mittleren Osten und finden sich damit durchaus im Einklang mit den herrschenden Medien. Wir stützen unsere Einschätzung u. a. auf das Buch „Die einzige Weltmacht“ von Zbigniew Brzezinski, in dem er 1997 gleichsam die Blaupause für die US-Strategie im Mittleren Osten vorgezeichnet hat, und die weit über das Lager der Neocons und die verschiedenen US-Administrationen Gültigkeit erlangt hat. Konkret hat zudem der ehemalige stellvertretende US-Finanzminister Robert F. Kennedy in „politico.eu“ vor einem Jahr die langfristigen Umsturzpläne der USA im Mittleren Osten bestätigt und mit Fakten unterlegt. Journalisten wie Helmut Schebens, ehemaliger Redakteur und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF, haben diese Analysen ergänzt und die Hintergründe des Krieges in Syrien als Rohstoffkrieg mit weiteren Stimmen und Referenzen aus den USA beleuchtet. Es gibt für diese Kritik an der US-Politik keinen Mangel an seriösen Quellen in der internationalen Literatur.

Dies gilt auch für die Einschätzung der Rolle der USA bei der Entstehung und Entwicklung der ungezählten dschihadistischen und terroristischen Kampfgruppen. Es wird inzwischen auch in den herrschenden Medien nicht mehr bestritten, dass der

¹ <http://www.imi-online.de/2012/04/05/burgerkriegspatenschaft/>

„Islamische Staat“ aus dem vollkommenen Zusammenbruch der irakischen Gesellschaft nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Bagdad 2003 entstanden ist und sowohl von den Geheimdiensten der USA wie der Türkei bis in die jüngste Zeit gefördert worden ist. Fakt ist, dass der IS inzwischen die stärkste politische Kraft gegen Assad geworden ist. Der jetzige Kampf der US-Armee gegen den IS schließt leider nicht aus, dass enge Verbündete der USA nach wie vor zahlreiche Terrororganisationen in ihrem Krieg gegen Damaskus unterstützen. Wir dürfen die Initiatoren auch daran erinnern, dass die USA und alle ihre Verbündeten, zu denen Frankreich, Großbritannien wie auch die Bundesrepublik gehören, ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats und ohne weitere völkerrechtliche Grundlage in Syrien Krieg führen – nicht nur unserer Meinung nach ein schweres Kriegsverbrechen. Wir verkennen nicht, dass in diesem Krieg wahrscheinlich von allen Seiten Kriegsverbrechen - ob in Aleppo, Homs oder Mossul, Palmyra und Rakka - begangen worden sind und dass diese alle vor dem IStGH untersucht werden müssen. Wir sehen allerdings darin einen Unterschied, dass Russland sich erst 2015 in den Krieg eingeschaltet hat und das auf ausdrücklichen Wunsch von Damaskus, und im Gegensatz zu den USA und ihren Verbündeten eine klare völkerrechtliche Grundlage hat. Alle diese Fakten passen nicht zur westlichen Propaganda, die sich jedoch „Adopt a Revolution“ zur Grundlage ihrer Position machen.

Kriegsverbrechen durch Giftgaseinsätze

„Man kann bis heute nicht eindeutig sagen, wer für die Giftgas-Angriffe verantwortlich ist.“ Dieser Einschätzung von „Adopt a Revolution“ stimmen wir zu. Die Kontrahenten können sich bestenfalls auf Indizien beziehen, so auch die Quellen, auf die wir uns in unserer Erklärung bezogen haben. Möglicherweise werden sich diese Kriegsverbrechen auch nie aufklären lassen. Für westliche Regierungen und Medien stehen aber sofort die Schuldigen fest: Assad und Russland. Die Bundesregierung schloss sich nach dem neuen Chemiewaffeneinsatz in der Stadt Chan Sheichun Donald Trump an und unterstützte das völkerrechtswidrige Bombardement des syrischen Luftwaffenstützpunkts. Der Spiegel vom 8. April liefert beispielsweise gleich zwei Artikel, in denen ohne den geringsten Zweifel Assad zum Schuldigen erklärt wird, allerdings ohne einen belastbaren Nachweis. Wenn wir in unserer Erklärung den Recherchen von Seymour Hersh mehr Glauben schenken als der Obama- und Trump-Administration, so liegt das einmal an seinen Argumenten und Informationen sowie an seiner unzweifelhaften Reputation als investigativer Journalist, und darüber hinaus an der desillusionierenden Geschichte offensichtlicher Kriegslügen aller US-Administrationen vom Vietnam- über den Jugoslawien-, Afghanistan- und Irakkrieg bis heute. Dabei gehört es zum Standard westlicher Medienberichte, immer Russland die Blockade von UN-Resolutionen zuzuschreiben ohne darauf zu schauen, dass diesen regelmäßig die Zurückweisung russischer Vorschläge zu dem behandelten Problem vorausgeht. Einer Untersuchung der Chemiewaffeneinsätze hat Russland z.B. nie widersprochen, wohl aber darauf bestanden, dass sie wirklich unparteiisch und von neutralen Personen vorgenommen wird. In der medialen Berichterstattung über die Syrienresolutionen des UN-Sicherheitsrats erscheinen USA, Großbritannien und Frankreich mit ihren Resolutionsanträgen als die Guten, Russland mit seinen Vetos als der Böse. Man erfährt aber in den Medien so gut wie nie Genaueres über den Inhalt dieser Resolutionen und darüber, warum Russland sein Veto eingelegt hat. Ganz im Sinne der antirussischen Propaganda westlicher Medien, bezichtigt „Adopt a Revolution“ Russland einer Blockadehaltung gegen eine „strafrechtliche Verfolgung des Einsatzes von Chemiewaffen in Syrien.“ Im Resolutionsentwurf vom

12. April 2017, den die USA, Frankreich und Großbritannien in den Sicherheitsrat eingebracht haben, wurde indirekt Syrien ein Chemiewaffeneinsatz unterstellt und auf Maßnahmen gemäß Kapitel 7 der UN-Charta, jenem Kapitel, das auch für die Militärintervention in Libyen zu Grunde gelegt wurde, hingewiesen. Russland hat dagegen sein Veto eingelegt. Der russische Außenminister Lawrow schlug allerdings am gleichen Tag vor, den Chemiewaffeneinsatz in Syrien durch eine unabhängige internationale Kommission untersuchen zu lassen. Stattdessen präsentierte die französische Regierung jetzt eigene Untersuchungsergebnisse, die angeblich belegen, dass das Sarin in Labors der syrischen Regierung hergestellt worden sei.

Syrienkrieg und der neue Kalter Krieg

Der Syrienkrieg findet mitten im neuen Kalten Krieg statt, den die USA und ihre Verbündeten, allen voran Großbritannien, Deutschland und Frankreich, entgegen jedweder friedenspolitischer Vernunft, mit der Nato-Osterweiterung und dem Ukraine Konflikt vorantreiben. Seit Russlands Eintritt in den Syrienkrieg 2015 wird u. E. leider auch der Syrienkrieg im Westen zur Dämonisierung dieses Landes instrumentalisiert. Während Russland Aleppo bombardiert und auch Krankenhäuser getroffen hat, wurden unsere Medien nicht müde, Russland Kriegsverbrechen vorzuwerfen. Anders als in Aleppo hat die Bombardierung eines Krankenhauses durch die US-geführte Koalition in Mossul so gut wie keinen Raum eingenommen. Mehr noch: Ein irakischer Kommandeur durfte vor der Fernsehkamera das US Kriegsverbrechen mit dem Hinweis rechtfertigen, IS-Kämpfer hätten sich im Krankenhaus verschanzt. Auch die Bombardierung einer Moschee durch die USA in Aleppo mit über 80 zivilen Opfern wurde in den Berichten nur beiläufig erwähnt. Die Medien sind unbestritten voll von einseitigen Berichten über die Kriegsverbrechen Russlands und des Assadregimes. Unsere scharfe Kritik der einseitig antirussischen Demonstration der Initiatoren war auch von der tiefen Sorge getragen, dass sie einen neuen Kalten Krieg gegen Russland beflügelt.

Desinformation und Bezugsquellen

Im Gegensatz zu Behauptungen von „Adopt a Revolution“, wir hätten für unsere Aussagen keine Quelle angegeben, sind unsere Einschätzungen sämtlich mit Quellen belegt. Die einzig umstrittene Aussage, die die Initiatoren für ihre Behauptung heranziehen, betrifft die von uns angeführte Zahl von 40.000 Zivilisten, die den Bomben der US-geführten Koalition seit 2014 zum Opfer gefallen sind. Demgegenüber hätten nach den von den Initiatoren angeführten Quellen die Bomben der US-geführten Koalition weniger als 4000 Todesopfer gefordert. Dabei führen sie eine Zählung als Quelle an², die nachweislich mit der Finanzierung des deutschen auswärtigen Amtes, also einer durchaus parteiischen Institution zustande gekommen ist. Um hervorzuheben, wie unterschiedlich die Zählungsergebnisse sein können, je nachdem, ob es sich um unabhängige oder Interessen geleitete Erhebungen handelt und wie wissenschaftlich die Zählungsmethoden sind, weisen wir auf eine umfassende Untersuchung der renommierten internationalen Ärzteorganisation IPPNW hin,³ in der über 1 Million Tode als Folge des US-Krieges im Irak gezählt wurden. Unsere Quelle für die von uns genannte Zahl für den Zeitraum 2014-2016 war Jürgen Todenhöfer, der bisher über viele Kriege im

² <https://www.iraqbodycount.org/>

³ http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Body_Count_first_international_edition_2015_final.pdf

Mittleren Osten zuverlässig und seriös berichtet hat. Im Übrigen bezieht sich die Statistik von Todenhöfer auf die gesamte Region und ist möglicherweise mit anderen Quellen im Grunde genommen kaum vergleichbar. Dieses Beispiel zeigt aber, dass ein Streit über die Opferstatistik, die in letzter Instanz schwer überprüfbar sein dürfte, vom eigentlichen Problem der Kriegsursachen und Friedensoptionen ablenkt

Paternalismus als Argument

Schließlich ist der Vorwurf des Paternalismus vollkommen verfehlt und unangebracht. Unsere Erklärung ist unsere Kritik an der herrschenden Politik und Medienberichterstattung. Sie gibt weder vor, im Namen noch für oder statt syrischer Stimmen Stellungnahmen abzugeben. Eine derartige Erklärung wird weder authentischer noch glaubwürdiger und überzeugender durch zusätzliche syrische Stimmen. Sie verhindert auch nicht, dass sich Syrerinnen und Syrer zu diesem Krieg und den beteiligten Mächten äußern. In einem derart strittigen Konflikt fällt es nicht schwer, jeweils die für seine eigene Position entsprechende syrische Stimme zu gewinnen, das sollte auch den Initiatoren klar sein.

Fazit

Wir stimmen mit den Initiatoren überein, dass Menschenrechte universale Werte sind, die ohne Rücksicht auf ökonomische oder geopolitische Interessen von Ländern oder Blöcken verteidigt werden müssen. Nach unserer Auffassung sind Menschenrechte auch eine wichtige Grundlage zur Beurteilung von Strategien, die im gegenwärtigen Syrienkrieg zu einem Frieden führen könnten. Ein Regime Change in Syrien ist ein sinnloses und mörderisches Ziel der USA und hat mit dem Schutz der Menschenrechte in Syrien nicht das Geringste zu tun. Im übrigen haben die USA im Mittleren Osten in den letzten 40 Jahren nachweislich das Wetrüsten und zahlreiche Kriege heraufbeschworen und nach dem Irakkrieg nur Zerstörungen und Chaos in dieser Region hervorgerufen, ferner auch Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Mit dieser Aussage stimmen wir mit vielen Amerikanern überein - der Vorwurf des Antiamerikanismus führt in diesem Zusammenhang völlig ins Leere. Es gibt auf der anderen Seite kein einziges Beispiel dafür, dass die USA irgendwo im Mittleren Osten Frieden hergestellt hätten. Das dürfte auch in Syrien nicht anders sein. Ausgehend von Menschenrechten als friedenspolitischer Richtschnur sind sämtliche Forderungen und Handlungen, die den Syrienkrieg verlängern und zwingend zu weiteren Kriegsoffern und zur Fortsetzung der Menschenrechtsverletzungen führen, abzulehnen. Deshalb sollte es für die Initiatoren kein Problem darstellen, sich dieser Überzeugung anzuschließen.

Unterzeichner und Untezeichnerinnen:

Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Rudolf Bauer, Prof. Dr. Armin Bernhard, Dr. Axel Bust Bartels, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Wolfgang Haug, Prof. Dr. Peter Herrmann, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

Berlin, 05. Mai 2017